

Schock für Greenpeace: Gericht verurteilt zu 650 Millionen Dollar Schadensersatz!

Ein Geschworenengericht in North Dakota verurteilt Greenpeace zu über 650 Millionen Dollar Schadensersatz wegen Protesten gegen die Dakota Access Pipeline.



Mandan, North Dakota, USA - In einem schockierenden Urteil hat ein Geschworenengericht in North Dakota Greenpeace mit Schadensersatzforderungen in Höhe von über 650 Millionen Dollar belastet. Diese Entscheidung folgt auf eine Klage des Pipeline-Unternehmens Energy Transfer, das die Umweltorganisation für ihre Proteste gegen die Dakota Access Pipeline verantwortlich macht. Laut **krone.at** sieht Energy Transfer Greenpeace als Hauptakteur einer gewalttätigen und verleumderischen Kampagne, die während der Proteste gegen die Pipeline, die durch heilige Gebiete der Sioux-Stämme verläuft, stattgefunden hat. Die neunköpfige Jury, die das Urteil

fällte, traf die Entscheidung nach etwa zweitägigen Beratungen in Mandan, Norddakota.

Die Klage wurde von Energy Transfer, einem der größten Pipeline-Betreiber des Landes, eingereicht, und ihre Vorsitzenden äußerten sich deutlich kritisch über die Protestierenden. Kelcy Warren, Mitbegründer des Unternehmens und ein Verbündeter von Ex-Präsident Donald Trump, betonte in den Schlussplädoyers der Kläger, dass die Demonstranten ein „total falsches Narrativ“ über sein Unternehmen geschaffen hätten und er forderte, dass man für sich selbst eintreten müsse. Die Proteste gegen die Pipeline, die 2017 in Betrieb genommen wurde, hatten landesweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen, als tausende Menschen in monatelangen Camps versammelt waren, wie **the New York Times** berichtete.

Folgen für Greenpeace

Dieses Urteil könnte verheerende Folgen für Greenpeace haben. Die Organisation, die sich gegen die Ölindustrie stark macht, steht nun möglicherweise vor der finanziellen Insolvenz in den USA. Die Anwälte von Greenpeace kritisierten die Klage als lächerlich und stellten klar, dass der Versuch, sie für die Ereignisse während der Proteste verantwortlich zu machen, unfair sei. Die leitende Rechtsberaterin Deepa Padmanabha erklärte, dass ihre Organisation weiterhin für ihre Überzeugungen kämpfen werde, und versicherte, dass der Kampf noch nicht vorbei sei. Auch die Auswahl der Geschworenen wurde kritisiert, da einige von ihnen Verbindungen zur Ölindustrie hatten und sich zuvor abfällig über die Proteste geäußert hatten.

Die Dakota Access Pipeline selbst, die Erdölfelder in Norddakota mit einem Verteilzentrum in Illinois verbindet, wurde während der Amtszeit von Donald Trump genehmigt, nachdem sie zuvor unter Barack Obama auf Eis gelegt worden war. Kritiker befürchten, dass eine Durchsetzung des Urteils nicht nur das Ende für Greenpeace in den USA bedeuten könnte, sondern

auch ein alarmierendes Signal für alle Umweltschützer darstellt, die sich gegen die Dominanz der Ölindustrie auflehnen.

Details	
Vorfall	Verleumdung, Hausfriedensbruch, Belästigung, zivilrechtliche Verschwörung
Ursache	Proteste gegen die Pipeline
Ort	Mandan, North Dakota, USA
Schaden in €	650000000
Quellen	• www.krone.at • www.nytimes.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at